

Archiv  
Vorstand des Sozialdemokratischen  
Fürsorgevereins Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

31. MAI 1965  
**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/101

Bonn, den 28. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:  
-----

Seite -----		Zeilen -----
1	<u>So nicht !</u>	43

"Verbandssprache" - wie sie nicht sein soll  
Von Max Seidel, MdB

2 - 3	<u>Am Beispiel Salzgitter</u>	66
-------	-------------------------------	----

Der Bundesvermögensverwalter ist ein schlechter Unternehmer

4	<u>Erkenntnisse von Fachärzten</u>	50
---	------------------------------------	----

Anfallskranken Kindern kann geholfen werden -  
aber es fehlt an Geld

5 - 6	<u>Drei Beine für eine Nase</u>	73
-------	---------------------------------	----

Die Sorgen der CDU/CSU - dargestellt im RHEINISCHER MERKUR

+ + +

So nicht !

"Verbandssprache" - wie sie nicht sein soll

Von Max Seidel, MdB

Es ist das gute Recht der Verbände, wenn sie sich für die Interessen ihrer Mitglieder an die Abgeordneten des Bundestages wenden, um bestimmte Forderungen bei anstehenden Gesetzentwürfen anzumelden oder Anregungen zu geben. Von diesem Recht wird reichlich Gebrauch gemacht. Vielfach werden sehr detaillierte Vorschläge eingereicht. Dadurch kommen verwertbare Anregungen an die Abgeordneten, und damit der Gesetzgebung zugute.

Um diesen Vorschlägen den rechten Schwung zu verleihen, werden den ausführlichen Exposés am Schluß meist beschwörende Aufrufe für den Abgeordneten angehängt. Es wird ihm sozusagen "die Meinung gesagt". Kraftvolle Formulierungen sind das Endergebnis.

Ein Fall der letzten Tage scheint mir aber über das politische Ziel und das Maß des politisch Erträglichen bei solchen kraftvollen Formulierungen hinauszugehen. Ein Verband aus dem Personenkreis der 131'er schließt sein Exposé wie folgt:

- \* "Ich hoffe zuversichtlich darauf, daß bei der Beratung der
- \* 4. Novelle zum G 131 diese oben aufgezeigten Unrechtstatbe-
- \* stände in der bisherigen 131'er Gesetzgebung beseitigt wer-
- \* den, damit die davon Betroffenen - und hier handelt es sich
- \* in der weitaus überwiegenden Mehrzahl um Menschen im fortge-
- \* schrittenen Lebensalter - damit diese bisher Hintangestellten
- \* in ihrer letzten Stunde
- \* nicht in dem Bewußtsein und mit Groll im Herzen aus diesem
- \* Leben scheiden, in einem U n r e c h t s s t a a t g e -
- \* lebt zu haben
- \* und damit auch Sie, Herr Abgeordneter,
- \* in Ihrer letzten Stunde
- \* von sich sagen können, für das Recht eingetreten zu sein und
- \* getreu Ihrem Versprechen dem Volk und dem Recht gedient zu
- \* haben."

Hier liegen politische Gedanken zugrunde, denen öffentlich widersprochen werden muß. Vor allem, weil sie zum Hausgebrauch der Ansprachen gewisser Verbände gehören. Der Artikel 131 des Grundgesetzes ist aus rechtsstaatlichen Gründen unseres Staates entstanden. Bei der großen Anzahl der betroffenen Personen und der Vielschichtigkeit der damit zusammenhängenden Probleme sind die daraus folgenden Gesetzgebungen zu Artikel 131 ein einmaliger Vorgang.

Gewiß, a l l e Wünsche und Vorstellungen konnten noch nicht erfüllt werden. Deshalb stehen weitere Verbesserungen an. Aber das kann keinem Verbandsvertreter, der ernstgenommen sein will, Anlaß geben, unseren Staat mit dem Begriff "Unrechtsstaat" in Verbindung zu bringen. Gegen diese politisch und rechtsstaatlich so abwegige Meinung muß man sein Veto einlegen.

### Am Beispiel Salzgitter

Der Bundesvermögensverwalter ist ein schlechter Unternehmer

Kr - Mit einer Beteiligung von 25 - 100 Prozent in ca. 220 Unternehmen ist der Bund noch immer der größte "Arbeitgeber" der Bundesrepublik. Das trifft allerdings nur im Hinblick auf die mehr als 200 000 Bundesbürger zu, die in Bundesunternehmen arbeiten. Obwohl ihr Gesamtumsatz höher liegt als z.B. der des Volkswagenwerks, erreichen die Bundesunternehmen heute nicht mehr als 2,5 Prozent des gesamten westdeutschen Industrieumsatzes.

### Keine wirtschaftliche Machtposition

Die dogmatischen Verfechter der Privatisierung in den Reihen der Bonner Koalitionsparteien werden es sich deshalb im Bundestagswahlkampf '65 kaum wieder einfallen lassen können, ihren früheren Schlachtruf wider die wirtschaftliche Machtposition des Staates erneut aus der Mottenkiste hervorzuholen. Die Beteiligung am Gesamtumsatz der westdeutschen Industrieunternehmen beweist, daß die privatwirtschaftliche Machtposition weitaus größer ist.

### Bundesschatz mit Ballast

Bundesschatzminister Dr. Dollinger hat vor geraumer Zeit erklärt, man müsse die bundeseigenen Unternehmen in der Hinsicht überprüfen, ob nicht durch eine gewisse Umorganisation die Kraft einzelner Bundesunternehmen gestärkt werden könne. Der Minister sprach offen von der Gefahr eines möglichen Verbleibens der weniger attraktiven Unternehmen im Bundesschatz.

### Privatisierung nicht um jeden Preis

Die Gefahr des ausschließlichen Verbleibens von wirtschaftlichem Ballast im Bundesvermögen wäre durchaus gegeben, wenn in Bonn die dogmatische Privatisierungspolitik fortgeführt wird. Bindeutig hat es auch die bisherige Praxis gezeigt, daß eine Privatisierung um jeden Preis unmöglich ist. Doch wie könnte es letztlich dem Steuerzahler recht und billig sein, wenn aus dem Bundesvermögen nur die - für eine Privatisierung auf dem Wege über Volksaktien attraktiven - Unternehmen herausgepickt werden, damit schließlich zuletzt nur noch unrentable Bundesunternehmen übrig bleiben. Der Steuerzahler müßte für diese bezahlen!

### Zunächst nur ein simples Lippenbekenntnis

Eigentümlich, daß selbst ein Minister wie Dollinger im anlaufenden Wahlkampf zu schwimmen beginnt. Traf er mit seinem Hinweis auf die not-

wendige Umorganisation durchaus ins Schwarze. Es blieb das bisher nur recht fragwürdige Lippenbekenntnis. Politische Ressentiments scheinen in der Bonner Koalition die unternehmerische Initiative zu vordrängen. Das beste Beispiel hierfür ist wiederum der 82 000 Mann starke Salzgitter-Konzern.

Trotz Erhöhung des Grundkapitals auf 460 Millionen DM liegt der Salzgitter-Konzern auch heute noch unter dem westdeutschen Industriedurchschnitt und auch unter der relativ ungünstig finanzierten westdeutschen Stahlindustrie. Die Finanzstruktur des Bundesunternehmens würde jeden Privatier zum schnellen Handeln veranlassen. Von der dem Unternehmen bewilligten Kapitalspritze in Höhe von 200 Millionen DM (die ohnehin nicht zur Konsolidierung ausreichen) werden aber dem Salzgitter-Konzern noch immer ca. 78 Millionen DM vorenthalten.

#### Politischer Ballast wurde hingegen aufgebürdet

Es muß gesagt werden, daß sich in diesem Falle eine höchst umstrittene Unternehmenspolitik seitens der Bundesregierung herauskristallisiert hat. Denn auf der anderen Seite bürdete man der Salzgitter AG politischen Ballast, in Gestalt von zwei Berliner Unternehmen (Borsig und Industriewerke), auf. Die Bundesregierung kann sich hierbei nicht rühmen, einen aktiven wirtschaftlichen Beitrag zur Berlinhilfe geleistet zu haben. Der Salzgitter-Konzern, der den gleichen Wettbewerbsbedingungen wie jedes andere Unternehmen unterliegt, mußte erst aus dem letzten Geschäftsjahr von den Unternehmungen in Berlin Verluste in einer Größenordnung von ca. 30 Millionen DM übernehmen. Wenn die Borsig AG eines Tages wieder mit Gewinn arbeiten soll, so muß die Gesellschaft umfassend rationalisiert und modernisiert werden. Ohne große Investitionen aus der Kasse des Bundesunternehmens Salzgitter ist das aber unmöglich!

#### Die Verpflichtung des Bundes

Wo bleibt in diesem Falle die Verpflichtung des Bundes gegenüber Salzgitter angesichts der Tatsache, daß noch immer 78 Millionen DM Kapitalmittel zurückgehalten werden? Will man etwa ein zweites VEBA-Beispiel schaffen? Das hieße, die Salzgitter AG jetzt kurzhalten, damit - bei Wiederkehr der gleichen Bonner Koalition - eine dringend erforderliche Sanierung des Eigenkapitals auf dem Wege über Salzgitter-Volksaktien realisiert werden könnte.

Wenn der Bundesschatzminister das unter "Umorganisation" versteht, wird es allerhöchste Zeit, daß er durch die Bundestagswahl abgelöst wird.

### Erkenntnisse von Fachärzten

Anfallskranken Kindern könnte geholfen werden -  
aber es fehlt an Geld.

sp - Die Fachärzte gehen davon aus, daß in der Bundesrepublik etwa 220 000 bis 270 000 Epileptiker leben, worunter sich rund 50 000 bis 100 000 Kinder und Jugendliche befinden dürften. Inzwischen liegt die allgemeine Erkenntnis der ärztlichen Wissenschaft vor, daß die Epilepsie, eine chronische Erkrankung des Nervensystems, mit neuen Medikamenten und medizinischen Geräten zum Teil heilbar ist. Die stärksten Heilungschancen bestehen bei Kindern. Die Faustzahl lautet hier, daß bei richtiger Anwendung der heute zur Verfügung stehenden Mittel von zehn Patienten sechs anfallsfrei geheilt werden können und bei zweien eine Besserung durchaus möglich ist.

Die Überlegungen der medizinischen Wissenschaft laufen nun vor allem darauf hinaus, die Kinder und Jugendlichen einer Gesundheit, einer geordneten Schulausbildung und einem chancenreichen Beruf zuzuführen. Hierzu kommen die humanen Überlegungen, den unter Krämpfen leidenden jungen Menschen das Odium zu nehmen, sie litten an Geisteskrankheit, seien womöglich gemeingefährlich und müßten für immer in eine Nervenheilanstalt eingewiesen werden. Tatsache ist vielmehr, daß etwa siebzig Prozent der anfallskranken Kinder eine normale Intelligenz besitzen, die ihnen bei einer geordneten Behandlung erhalten bleiben kann.

Es kommt aber in der Bundesrepublik darauf an, daß Bund und Länder in großem Umfange medizinische Einrichtungen schaffen und Spezialkrankenhäuser bauen, die in erster Linie zur gezielten Heilbehandlung der Kinder da sind, die unter Epilepsie leiden. Von diesem Stand sind wir aber in der Bundesrepublik noch sehr weit entfernt. Hier haben wir bei weitem noch nicht den internationalen Status moderner Kulturländer erreicht. Zum Teil spielt da noch die von den Nationalsozialisten propagierte medizinische Auffassung hinein, Epilepsie sei vererbbar und unheilbar; Ansichten, die inzwischen als völlig unrichtig erkannt worden sind.

Die unter der Epilepsie chronisch leidenden Kinder müssen dauernd ärztlich überwacht werden. Die Behandlung muß mehrere Jahre lang dauern. Es sind spezielle Untersuchungsstellen erforderlich. Sie müssen mit einem Elektroencephalogramm (EEG) ausgestattet sein. Am besten wären eine große Anzahl Spezialkrankenhäuser im ganzen Bundesgebiet, die gezielte Fachuntersuchungen vornehmen können.

Ein Blick auf Frankreich zeigt, wie schlecht es bei uns bestellt ist. Dort gibt es gegenwärtig 1 400 EEG-Geräte. Im ganzen Bundesgebiet besitzt man demgegenüber nur 200 Untersuchungsstellen, die mit diesem Gerät die krankhaft veränderten elektrischen Ströme im Gehirn messen können. Zwar bemühen sich im Bundesgebiet dankenswerterweise einige Privatgesellschaften durch Sammlungen, eine Hilfe für das anfallskranke Kind zu erreichen und jedenfalls Kurheime zu schaffen.

Diese Gesellschaften sind aber trotz mancher großer Spenden nicht in der Lage, zumindest den 50 000 bis 100 000 anfallskranken Kindern und Jugendlichen zu helfen. Hier scheint ein Einspringen des Bundes und der Länder unerlässlich zu sein, um eine medizinische Versorgung zu schaffen, wie wir sie aus Skandinavien, England, Frankreich und den Vereinigten Staaten kennen. Mehr Untersuchungsmöglichkeiten und Spezialkrankenhäuser sind unabdingbare Voraussetzungen für die Heilung der jungen Menschen, die dann durchaus im Leben ihren Mann stehen können und nicht mehr von einer staatlichen Fürsorge abhängig sind.

### Drei Beine für eine Hose

Die Sorgen der CDU/CSU - dargestellt im RHEINISCHER MERKUR

m - Den unterschiedlichen Kräften in den Unionsparteien fällt es nicht leicht, ihre Differenzen zu verbergen. Zwar müssen sich die divergierenden "Flügel" notgedrungen der Wahlkampfdisziplin beugen, doch der angestaute Ärger macht sich dann ab und zu Luft, wenn das Maß zum Zumutbaren wieder überschritten worden ist. Das ist jetzt der Fall, denn es ist deutlich: in die Unionshose zwängen sich vergeblich mehrere Beine, um dort Platz zu finden.

Es ist nicht ausgeblieben, daß der Vorstoß, den der Außenminister Schröder zur diplomatischen Anerkennung der Ostblockstaaten unternahm, auf Widerstand in den eigenen Reihen stoßen mußte. Der RHEINISCHER MERKUR, dem man nicht zu Unrecht sehr enge Beziehungen zum Kreis des Altbundeskanzlers nachsagt, macht aus seinem Ärger gar kein Hehl. In seiner letzten Ausgabe schafft er jenen einflußreichen Kräften Luft, die als beste Parteifreunde emsig bemüht sind, ihren Außenminister das politische Grab zu schaufeln. Dem Minister wird wieder einmal vorgeworfen, daß er "nicht bereit ist, die Europäisierung zu forcieren". Weiter führe seine "deutsche Initiative zu einer Ostpolitik, die nur im günstigen Fall mit der französischen Ostpolitik parallel geschaltet werden kann."

Der stärkste Vorwurf aber gipfelt in folgendem Satz:

- \* "Die Hallstein-Doktrin wird gleichzeitig ohne alle Vorteile
- \* über Bord gespielt. Der Beifall aus Washington genügt nicht,
- \* um diesen Verlust wettzumachen."

Hier klaffen die alten Gegensätze zwischen "Gaullisten" und "Atlantikern" wieder offen auseinander und wenn nicht alles täuscht, wird auf diesem Kampfplatz noch mancher Unions-Handel, verdeckt oder offen, ausgetragen werden.

\* \* \*

Was die gleichen Kräfte jedoch nahezu in Verzweiflung bringt, sind demoskopische Untersuchungen, die in letzter Zeit veröffentlicht worden sind. Emnid oder Allensbach, das ist die Frage, um die sich die Wahlkampfstrategen der Union Sorgen machen. Der MERKUR vom 28. Mai spricht es sehr massiv aus, was sonst nur verhalten in den Köpfen der befreundeten Unionsfeinde rumort. Es heißt da:

- \* "Der Wahlkampf ist völlig offen, wobei die CDU/CSU entschieden
- \* mehr Grund hat, über den Gang der Dinge beunruhigt zu sein, als
- \* ihre Rivalin. Das stete Wachstum der SPD, das ebenso eindrucks-
- \* voll ist, wie das rege Auf und Ab der Kurve der Unionsparteien,
- \* wobei auffällt, daß die negativen und positiven Ausschläge der
- \* CDU/CSU immer größer werden.

Besonders schmerzlich für die CDU/CSU ist, wie die Wahlanalyse zeigt, die Tendenz, daß die "Gruppe der Stammwählerschaft" sich immer mehr von den Unionsparteien abwendet.

Wenn diese Analyse zu schweren Bedenken innerhalb der CDU/CSU-Führung Anlaß gibt, so ist es nur recht und billig, nach der Ursache der Malaise zu fragen. Auch diese Antwort ist im MERKUR zu finden. Die Zeitung erklärt, daß der "neue Stil" des Kabinetts Erhard-Schröder Schuld daran trägt, daß die vielen "Traditionswähler der Union die besorgte Frage stellen, ob dies wohl noch die gleiche Partei ist, der sie zwanzig Jahre lang ihre Stimme gegeben haben."

Damit haben sich jene Kräfte, die in dieser Zeitung ihrer Meinung Ausdruck geben, an die Kernfrage herangerobbt. Sie lautet wie eh und je:

- \* "Erhard war als Wirtschaftsminister erfolgreicher denn als Re-
- \* gierungschef. Der Mangel an straffer und klarer Führung, der
- \* vor allem in Nahost-Affäre zutage trat, hat sich auch in der
- \* Popularitätskurve Erhards gespiegelt..."
- \* Die CDU/CSU habe, so wird der Schluß gezogen, "nur dann eine
- \* reale Chance, wenn es gelingt, die unglückliche Parole vom Volks-
- \* kanzler vom Tisch zu fegen. Denn diese Volkskanzleridee hatte
- \* zur Folge, daß allen bewiesen werden mußte, daß es keine Gegen-
- \* sätze zwischen den Parteien gibt".

\* \* \*

Und nun das dritte Bein, das sich vergeblich abstrampelt, in die Hose mit hineinzukommen. Es sind Kräfte in der CDU/CSU bemüht, ausgehend zwischen den Fronten zu wirken. Krone z.B., der sowohl aus Staateräson, wie um den Frieden in der Union besorgt ist, bemüht sich, Gegensätze abzumildern, verfeindete Freunde und verfreundete Feinde unter einem Hut zu halten. Sein Artikel in der "Politisch-Sozialen-Korrespondenz" deutet darauf hin:

Um nicht zu viel Pfeffer in die Unionswunden zu streuen, erhält Dufhues, mit seinem "Ministermassenmord" einen mageren Lobspruch, der so heißt es zum Schluß im MERKUR: "Das jetzige Team mache einen verbrauchten Eindruck und müsse abgelöst werden." - Womit wir uns vollinhaltlich einverstanden erklären.

+ + +